

Inhaltsverzeichnis

zur „Solidarität“ für das Jahr 1914.

(Die Ziffern vor dem Buchstich geben die Nummer, die Ziffer
hinter dem Buchstich die Seitenzahl der betreffenden Nummer an.)

- Berufs-, Tarif- und Verbandsangelegenheiten.**
 Adolf Glarner † 4/1.
 An alle, die es angeht! 51/1.
 An die Verbandsmitglieder! 43/1.
 Anträge des Verbandsvorstandes zur Statutenänderung 14/5.
 Anträge zum 6. Verbandstag 19/6.
 An unsere Verbandsmitglieder! 32/1, 44/1.
 Aufbau statt Auflösung 38/1.
 Aus dem Druckerbetrieb der „Sächsischen Zeitung“ 31/4.
 Berliner Zweigdruckereien in Leipzig 26/1.
 Der Sieg der Solidarität 47/1.
 Der Verbandsbeitrag 31/1.
 Der Verbandsjahresbericht für 1913 22/1.
 Die Aufgaben des nächsten Verbandstages 12/1.
 Die große Antwort 19/2.
 Die Leipziger Scharfmacher an der Arbeit 3/2.
 Ein Nachspiel zur Tarifbewegung in Wiesbaden 4/4.
 Erfolgreiche Lohnbewegungen 11/6.
 Fracht und Ballast 10/1, 11/1.
 Gemeinschaftliches Wirken zur Steuerung der Arbeitslosigkeit 36/2.
 Kassenbericht vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1913 4/5.
 Kassenbericht vom 1. Januar bis 31. März 1914 15/5.
 Kassenbericht vom 1. April bis 30. Juni 1914 27/9.
 Kassenbericht vom 1. Juli bis 30. September 1914 43/2.
 Kriegsfolgen und Kriegspflichten 39/1.
 Mehr Mitarbeit durch unsere Mitglieder 9/4, 10/3.
 6000 Arbeitslose 37/1.
 Tarifmüdigkeit 24/2, 25/2.
 Unser Verband während des Krieges 36/1.
 Verbandsmitglieder! 45/1, 48/1.
 Verbandsmitglieder! Gedenket Eurer arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen 40/1.
 Vom Leipziger Verbandstag 28/1, 29/1, 30/2.
 Vom Wert, Zweck und Nutzen unseres Verbandes 14/1, 15/1, 16/1, 17/1, 18/2.
 Was erwarten wir vom Leipziger Verbandstag? 20/1.
 Was ist zu tun? 2/2, 3/3, 5/1, 8/1.
 Wünsche und Beschwerden 24/1.
 Zum 6. Verbandstag 27/2.
 Zur Finanzfrage unseres Verbandes 1/1.
 Zur gegenwärtigen Lage 34/1.
 Zur Reorganisation unseres Finanzwesens 6/2, 7/2.
- Allgemeine tarifliche und gewerkschaftliche Fragen.**
 An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands 33/1.
 An die örtlichen Gewerkschaftskartelle und Zweigvereine 51/1.
 Arbeitsregelung im Chemigrafen- und Kupferdruckgewerbe 46/2.
 Der Anschluß an die Organisation ist eine sittliche Pflicht 7/1.
 Der Kampf um den Arbeitsnachweis 12/3.
 Der neunte Gewerkschaftskongreß 3/6, 13/1, 27/4.
 Der Tarifvertrag 7/5, 8/5, 9/5, 10/5.
 Der Triumph der Organisation 47/1.
 Deutsche Gewerkschaftsmitglieder im Kriege 42/2.
 Die Arbeitslosen der Zentralverbände 41/1.
 Die deutschen Gewerkschaften und der Krieg 35/1.
 Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Aufruf nach dem Kriegsausbruch) 32/2.
 Die Gewerkschaften und die Vertragsentwicklung 22/2.
 Die Mitarbeit der Mitglieder in der gewerkschaftlichen Organisation 25/1, 28/2.
 Die Lageordnung zum Gewerkschaftskongreß 21/4.
 Die Tarifgemeinschaft für Deutschlands Chemigrafen und Kupferdrucker 10/6.
- Die Tarifverträge in Deutschland im Jahre 1912 9/2.
 Gesetz und Praxis im Koalitionsrecht 30/5, 31/2.
 Gewerkschaften sind keine politischen Vereine 39/2.
 Gewerkschaftliche Einrichtungen im Dienste des Krieges 39/2.
 Gewerkschaftliche Errungenschaften 26/4.
 Hohe Anforderungen an die Gewerkschaftsklassen 47/2.
 Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände 8/4, 16/4, 22/5, 39/2.
 Partei und Gewerkschaften zur Nahrungsmittelversorgung 46/1.
 Rück- und Ausblick 3/1, 4/2.
 Schlechter Versammlungsbesuch 9/1.
 Vom Reichstatarif der Chemigrafen und Kupferdrucker 32/4.
 Von der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker 12/5.
 Zum Bankverkehr der Gewerkschaften 2/3.
- Anderer freie Gewerkschaften.**
 Albert Tobler † 10/4.
 Der Buchdruckerverband im Jahre 1913 23/4.
 Der Buchdruckerverband während des Krieges 37/2.
 Der Generalappell des Buchdruckerverbandes 10/4.
 Die Arbeitslosigkeit im Verband der Lithographen, Steinbrucker und verwandten Berufe Deutschlands 17/6.
 Die graphischen Gewerkschaften in Dresden im Jahre 1913 17/6.
 Die Lehrlingsabteilung des Verbandes der Lithographen, Steinbrucker und verwandten Berufe Deutschlands 9/6.
 Ein Jubiläum im Bildhauerverband 5/4.
 Max Böblich † 30/6.
 Statistisches aus dem Verband der Lithographen und Steinbrucker 21/6.
- Gegnerische Gewerkschaften.**
 Die christlichen Gewerkschaften 30/4.
 Die christlichen Gewerkschaften als politische Vereine 23/1.
 Ein „nationales“ Fiasko 8/4.
 Ein sozialdemokratisches Arbeitsmonopol im Steinberggewerbe 15/4.
 Nur gebildet werden die christlichen Gewerkschaften 3/6.
 Was die christlichen Gewerkschaften den Arbeiterinnen bieten 13/4.
- Unternehmerverbände.**
 Das Gras wächst 10/4.
 Der deutsche Buchdruckerverein 24/6.
 Der Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer 23/4.
 Eine geborstene Schutzverbandsfäule 25/4.
 Eine Zentrale der deutschen Arbeitgeberverbände für Streikversicherung 1/4.
 Zur gefl. Nachahmung 1/4.
- Sozialpolitische.**
 Änderungen einiger wichtiger Bestimmungen in der Stuttgarter Arbeitslosen-Unterstützung während der Kriegszeit 39/1.
 Arbeitslosenfürsorge der Stadt Heilbronn während der Dauer des Krieges 51/2.
 Arbeitslosenunterstützung durch die Stadt- und Gemeindeverwaltungen 44/1.
 Berufsagenossenschaften gegen Sozialpolitik 24/3.
 Der Ruf nach der staatlichen Arbeitslosenfürsorge 51/2.
 Die Arbeitslosenunterstützung der Stadt Berlin 37/2.
- Die Aufgaben der Ausschußmitglieder in den Krankenkassen 1/3.
 Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1912 24/5, 25/3.
 Ein Arzt über den Mißbrauch der Gewöhnung bei Unfallverletzten 3/5.
 Eine ärmtliche Arbeitslosenunterstützung 49/2.
 Eine Dankes- und Ehrengabe für die Hinterbliebenen gefallener Krieger 49/2.
 Erweiterung der staatlichen Kriegsbeihilfen in Baden 51/2.
 Kommunale Rückständigkeit 49/2.
 Kriegshilfe der Angestelltenversicherung 45/2.
 Kriegsfürsorge in Reutlingen 52/2.
 Leitfäden für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit 41/1.
 Städtische Arbeitslosenfürsorge 42/1.
 Weitere Änderungen in der Stuttgarter Arbeitslosenunterstützung 51/2.
 Weitere Hilfe für die Arbeitslosen 36/1.
 Zur Arbeitslosenversicherung 14/3.
- Gewerbehygiene und Arbeiterschutz.**
 Der Arbeiterschutz für Jugendliche 30/3.
 Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1912 7/2, 8/3, 9/3.
 Die Leuchte des Industriejahrhunderts 2/6.
 Die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt 30/6.
 Gewerbeaufsicht 1913 21/5.
 Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit 18/5.
 Ueber Unfallverhütung 11/1.
- Frauenbewegung.**
 An die Arbeiterfrauen und Arbeiterstöchter 33/2.
 Arbeiterinnen in der Industrie 14/4.
 Aufruf. Frauenwahlrecht und Arbeiterschaft 7/3.
 Eine Hilfsaktion der Arbeiterinnen 32/4.
 Frauenarbeit und Zukunftshoffnung 2/1.
 Weibliche Arbeitskraft in Fabriken 5/4.
 Weibliche Krippel 15/4.
 Wöchnerinnenhilfe im Kriege 50/1, 51/2.
 Zur Frage des Frauenwahlrechts 8/1.
 Zur Frauenfrage 15/2.
- Genossenschaftliches.**
 Aus dem Genossenschaftsleben 4/3, 9/5, 17/3, 23/3, 26/3.
 Der innere Zusammenhang zwischen Arbeiterinteressen und Konsumanteninteressen 5/5, 6/5.
 Der Vormarsch der Konsumgenossenschaftsbewegung 16/4.
 Welche Macht hat der Einkaufskorb der Hausfrauen 16/3.
- Versicherungswesen.**
 Achtung! Krankenkassenmitglieder! 34/2.
 Aus dem Jahresbericht der Ortskrankenkasse der Steinbrucker und Lithographen zu Berlin für das Verwaltungsjahr 1913 28/4.
 Aus der Reichsversicherung 8/3, 11/3, 12/4, 14/5, 16/4, 18/5, 20/4, 21/5, 24/4, 26/3, 28/3, 30/4.
 Bei der Kriegsvericherungskasse der „Volksfürsorge“ 48/2.
 Beisitzerwahlen zum Versicherungsamt in Heilbronn 21/6.
 Bekanntmachungen der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin (Siehe auch Inserate) 2/5, 2/6, 6/4, 9/4, 14/4, 34/2, 38/2.
 Der Vormarsch der „Volksfürsorge“ 17/6.
 Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin 27/8.
 Die erste Generalversammlung der „Volksfürsorge“ 26/2.

Die Februar-Nummer der „Volkshilfe“ 9/6.
Die März-Nummer der Zeitschrift „Volkshilfe“ 14/3.
Die „Volkshilfe“ und der Krieg 37/1.
Krankengeld für Verwundete 46/2.
Krankenkassenhilfe während der Kriegszeit 45/1.
Praktische Kriegshilfe 40/1.
Unsere „Volkshilfe“ 5/3, 6/3.
Von der Kriegsversicherungskasse der „Volkshilfe“ 45/2.
Von der „Volkshilfe“ 12/4.
Zahl der deutschen Krankenkassen nach der Reichsversicherungsgesetzgebung 14/4.

Ausland.

Arbeiterurlaube in der Schweiz 32/4.
Aus Amerikas Arbeiterbewegung 11/5.
Aus dem Ausland 10/4, 11/6, 12/4, 13/4, 17/6, 21/6, 22/4, 30/6.
Aus Oesterreich 26/2, 46/2, 47/2.
Der britische Drucker-Druckereiarbeiterverband im Jahre 1913 27/7.
Der deutsche graphische Verband für Brasilien 14/4.
Der neue österreichische Hilfsarbeiterlohn 10/2.
Der nordwestliche Lithographen-Verband im Jahre 1913 23/4.
Der Tarifkampf im Buchdruckgewerbe Oesterreichs 2/4.
Die Arbeiterbewegung 21/3.
Die Arbeitslosigkeit in Oesterreich 46/2.
Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1912 12/5, 13/2.
Die schweizerischen Gewerkschaften und der Krieg 46/2.
Die Arbeiterbewegung im Buchdruckgewerbe Oesterreichs 3/6.
Ein Archiv für die russische Gewerkschaftsbewegung 11/6.
Ein neuer Tarifabschluss im Wiener Steindruckgewerbe 15/3.
Friede im österreichischen Buchdruckgewerbe 6/1.
Gewerkschaften und Kriegsanleihe in Oesterreich 51/2.
Tarifabschluss im holländischen Buchdruckgewerbe 2/6.
Ueber die beendigte Tarifbewegung im Buchdruckgewerbe Oesterreichs 9/2.
Unsere österreichische Bruderorganisation im Steindruckgewerbe im Jahre 1913 28/3.
Von den Buchdruckerorganisationen 8/6.

Technisches.

Bilder aus der deutschen Industrie 30/2, 31/2, 32/2.
Die Technik der modernen Zeitungszustimmung 2/2, 3/2, 4/2.

Wissenschaftliches.

Der Alkoholismus 16/2, 17/2, 18/2, 19/2, 20/2, 21/2.
Der Hammer 11/2, 12/2, 13/2, 14/2, 15/2.

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik, Leipzig 1914.

3/6, 4/4, 5/2, 8/6, 11/6, 13/4, 14/4, 15/4, 16/4, 17/6, 20/1, 21/6, 25/4, 27/3, 30/6, 43/2, 46/2.

Allgemeines.

Agitation 14/3.
An die Bibliothekare und Bibliothekscommissionen der deutschen Arbeiterorganisationen 27/8.
An unsere Postabonnenten 38/2.
Ansprüche der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen 46/2.
Arbeitsleistung und Arbeitszeit 18/6.
Aus dem bürgerlichen Recht 17/5.
Aus der deutschen Zeitungszustimmung 30/6.
Das Koalitionsrecht in Deutschland 14/2.
Der Arbeitsmarkt im Januar 10/4.
Der Arbeitsmarkt im April 22/4.
Der Aufstieg der Arbeiterklasse und der Aufschwung der Industrie 6/1.
Der behörbliche Kampf gegen die Gewerkschaften 19/1.
Der Kampf um das Dasein 21/1.
Der Krieg und die Ausfuhr graphischer Erzeugnisse nach den Kriegsländern 36/2.
Der Lehrvertrag nach der Gewerbeordnung und der Krieg 41/2.
Der Münzberger Arbeitsmarkt 46/2.
Der Streikbrecheragent als Mörder 7/4.
Der Streikbrecheragent Keilung 10/4.
Die deutschen Arbeiter-Stenographenverbände 16/4.
Die Einwirkung der wirtschaftlichen Krisen auf die Lohnbewegungen 15/4.
Die Gewerkschaften während der Kriegszeit 49/1.
Die Lage des Arbeitsmarktes in Berlin 43/2.
Die Misshandlung der „untergeordneten“ Arbeit 30/1.

Die Pfändungsbenachrichtigung 25/3.
Die „schlechten Sitten“ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung 8/2.
Die Störungen des Wirtschaftsgetriebes 35/2.
Die Volkswirtschaft im Dienste der Humanität 16/1.
Die Volkswirtschaft und der Krieg 32/2.
Die Wirkung der Papierzölle 19/5.
Die Volkswirtschaft und die Ausbeutung der Notlage des arbeitenden Volkes 13/1.
Dr. Ludwig Frank gefallen 37/2.
Ein Nachtrag zum Prozeß gegen den Mörder Keilung 11/6.
Ein unblutiger Erfolg des Krieges 41/2.
Eine abgewehrte Schädigung der Ansichtstarken-Industrie 48/2.
Eine Brandkatastrophe 12/4.
Eine große Gefahr für das Volksleben 22/1.
Eine Kleinaussperrung in der Textilindustrie 30/6.
Erwerbstätige Jugendliche und junge Arbeiter im Deutschen Reich 32/4.
Georg Eißler † 32/4.
Gewerkschaftsmitglieder im Kriege 52/2.
Heeresverwaltung und Arbeiterbeschäftigung 44/2.
Jean Faures ermordet 32/4.
Ihr und Wir 18/1.
Industriezoll und Syndikatsprofit im Papiergewerbe 18/6.
Ist Verschweigen der Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft beim Arbeitsantritt und Verweigerung des Beitritts zum Werkverein sofortiger Entlassungsgrund? 3/6.
Krankheit und Krieg sind keine Gründe zur kündigungswirksamen Entlassung 49/2.
Kriegs-Weihnacht 52/2.
Lebensmittelversorgung in Deutschland 33/2.
Ludwig Reihäuser † 5/4.
Reihäusers „Dokumente“ 11/3.
Statistische Nachweise 17/2.
Steuerermäßigung für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer 45/2.
Steuerverhältnisse der einberufenen Personen 45/2.
Ueber den Einfluß des Krieges auf das Arbeitsverhältnis 48/2.
Ueber die wirtschaftlichen Aussichten des Jahres 1914 7/4.
Vom Schlachtfeld 46/2.
Von den Arbeitersportverbänden 7/4.
Von der Mordtat des Streikbrecheragenten Keilung 8/6.
Von unseren Kollegen im Waffenrod 50/1, 51/2.
Voricht bei Papiergeld in Lohnbitten 11/6.
Wieder ein Terrorismusmärchen 7/4.
Wie wir unser Eisern Kreuz erwarben 43/2.
Zeitungen und Zeitschriften in Deutschland 3/6.
Zum Hauptschaffen ausgelost 2/6.
Zur Beachtung für alle, die an die Redaktion schreiben 7/3.
Zum zehnjährigen Jubiläum der Erwägungen über eine Reform der amtlichen Streikstatistik 21/2.
Zur Haftung des „Vorwärts“ 48/1.
Zurückweisung der Revision Keilung 21/6.

Feuilleton.

Dem Verbandstage in Leipzig (Gedicht) 27/1.
Jahreswende (Gedicht) 1/1.
Natur und Geist 22/5.
Was will die Gewerkschaft? (Gedicht) 23/2.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Adressen des neugewählten Verbandsvorstandes und Form der Abrechnung während des Krieges 32/4.
Anträge der Zahlstellen 15/1.
Anweisung für die Abrechnung des dritten Quartals 39/1.
Ausgabe des Jahresberichts 1913 21/1.
Einberufung des 6. ordentlichen Verbandstages 10/1.
Einsendung der Statistikarten 42/2.
Selbstüberweisungen 3/1.
Kriegsmaßnahmen 32/1, 33/1, 33/2, 34/1, 35/1, 37/1, 38/1.
Resultat der Delegiertenwahlen 25/1.
Sperrung über Oesterreich 1/1, 2/1, 3/1, 4/1, 5/1.
Tagesordnung des 6. ordentlichen Verbandstages 19/1.
Weitere Kriegshilfe für die arbeitslosen Mitglieder 52/1.
Zuschriften während des Verbandstages 27/8.

Korrespondenzen.

Mittenburg 10/3.
Mugßburg 6/6, 15/3.
Rauhen 7/4, 13/4, 19/3.
Berlin 5/6, 11/4, 14/6, 19/4, 23/3, 32/3, 41/2.
Braunschweig 4/4, 12/6, 18/3, 21/4.

Breslau 5/6, 16/4, 48/2.
Chemnitz 6/6.
Darmstadt 8/4, 9/4, 20/4, 31/3.
Dresden 6/3, 19/4, 22/6, 31/3.
Eberfeld-Barmen 12/6.
Frankfurt a. M. 1/4, 5/6, 8/4, 19/4, 22/6, 31/3, 41/2.
Gaulonferenz des Gaues II 24/6.
Gaulonferenz der Gaue IV und IVa 17/4.
Gaulonferenz des Gaues V 18/3.
Gaulonferenz des Gaues VI 18/4.
Gera 20/4.
Görlitz 6/4.
Gotha 11/4.
Halle a. S. 1/4, 9/4, 14/6, 21/4, 31/3, 40/2.
Hamburg 6/6, 11/4, 15/3, 20/4, 23/3, 42/2.
Hannover 1/4, 7/6, 10/3, 19/4, 21/4, 26/4, 31/4, 39/2, 45/2.
Heilbronn 7/6.
Karlsruhe 5/6, 13/4, 26/4.
Kaufbeuren 6/4.
Köln a. Rh. 47/2.
Königsberg 5/6.
Leipzig 7/6, 13/4, 14/6, 18/3, 26/4, 38/2, 47/2.
Magdeburg 10/3, 27/8.
Mainz 8/4, 21/4.
Mannheim-Ludwigshafen 10/3.
München 12/6.
Nordhausen 3/6.
Nürnberg 15/4, 22/6, 30/4, 39/2, 42/2, 50/2.
Osnabrück 1/4.
Schwerin 32/4.
Stendal 4/4.
Straßburg i. E. 10/4, 18/4, 20/4, 26/4.
Stuttgart 7/4, 11/4, 15/4, 32/4.
Zwidau 7/6, 10/4, 23/3, 27/8.

Adressenveränderungen.

Mittenburg 10/4, 35/2.
Mugßburg 6/4, 35/2.
Wiesfeld 35/2.
Braunschweig 14/4.
Bremen 6/4.
Brieg 3/4, 35/2.
Chemnitz 5/4.
Ermitage 35/2, 36/2.
Düsseldorf 35/2.
Erfurt 5/4, 24/4, 35/2, 36/2.
Essen-Ruhr 19/4.
Forst (Rauff) 3/4.
Gera-Neuß 4/4, 36/2.
Görlitz 12/4.
Grimma 35/2, 41/2.
Halle a. S. 8/4.
Hannover 5/4, 16/4, 17/4.
Heilbronn 7/4.
Hildesheim 42/2.
Jena 35/2.
Karlsruhe i. B. 30/4.
Leipzig 35/2.
Mainz-Wiesbaden 15/4, 31/4.
Neurode i. Schl. 24/4.
Nordhausen 35/2, 36/2.
Osnabrück-Melle 35/2.
Schwabach 37/2.
Schwerin (Meckl.) 6/4, 35/2.
Straßburg i. E. 14/4, 35/2, 41/2.
Walzenburg 35/2.
Wittenberg 36/2, 42/2.
Zwidau 32/4, 35/2.

Abrechnungen.

4. Quartal 1913 3/4, 4/4, 5/4, 6/4, 7/4, 8/4, 9/4, 10/1
1. Quartal 1914 16/4, 17/4, 18/4, 19/4, 20/4, 21/1, 22/4, 29/4.
2. Quartal 1914 30/4, 31/4, 32/4.

Veranstaltungskalender.

Erfurt 3/4, 8/4, 11/4, 17/4, 21/4, 25/4.

Briefkasten.

4/4, 6/4, 9/4, 12/4, 18/4, 19/4, 22/4.

Eingegangene Druckschriften.

1/4, 2/4, 6/4, 8/4, 10/6, 12/6, 13/4, 14/6, 18/4, 21/4, 22/6, 23/4, 26/4, 28/4, 30/4, 31/4.

Inserate.

1/4, 2/4, 4/4, 6/4, 9/4, 14/4, 19/4, 21/4, 22/4, 24/4, 25/4, 26/4, 29/4, 31/4.

Todesanzeigen und Nachrufe.

2/4, 3/4, 5/4, 6/4, 7/4, 11/4, 14/4, 17/4, 18/4, 20/4, 24/4, 28/4, 39/2, 41/2, 42/2, 43/2, 44/2, 46/2, 49/2, 50/2, 52/2.



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Verzeichnisse.

Jahreswende.

Wer trauert um das, was verloren ist,
Um das, was gestorben und tot?
Ein Neues kommt, das die Fahne hißt
Starkarmig ins Morgenrot!
Und siegte nicht gestern die sterbende Zeit,
Die in Flüchen und Seufzern verweht —
Eine neue Folge der Tage gedeiht,
Und der Kampf, der Kampf, er besteht!

Und der Kampf besteht, wie der Haß besteht,
Der die Scharen der Arbeit umdräut,
Der im Wutschrei lebt wie im stillen Gebet
Und bei Gläser- und Glockengeläut.
Und die Sorge besteht, und die Plage, sie reicht
Noch immer dem Mangel die Hand,
Und die Not, die wütende Not, sie schleicht,
Ein würgendes Raubtier, durchs Land.

Und Europas stolze Kultur, sie streicht
Sich selbstgefällig den Bauch:
Wir haben Wunder um Wunder erreicht,
Und fliegen können wir auch!
Wir furchen uns tief durch Erde und Flut —
Singt dem Geiste, der stolz triumphiert! . . .
Doch auf den Gassen tropft Opferblut
Der Arbeit, die hungert und friert!

Und in zornigen Hirnen erneut sich die Glut
Und lodert zu Flammen empor:
O Volk, nun trag' deinen Zukunftsmut
Stark durch das geöffnete Tor!
Durch das morgenblühende Tor der Zeit
Kausche, ein stürmender Tag,
Und künde, daß sie sich doch befreit,
Die elend am Boden lag!

Und künde bei jedem Stundenschlag:
Wir säen, wir säen das Brot!
O Volk, nun schaffe, nun schaffe und wag';
Zu alt ist worden die Not.
Eine neue Folge der Tage gedeiht,
Und was alt ist, es stirbt und verweht;
Wir grüßen dich, kommende, keimende Zeit;
Denn der Kampf, der Kampf, er besteht! —

Ernst Prečaný.

Inhalt: Jahreswende. (Gedicht.) — Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Zur Finanzfrage unseres Verbandes. — Die Aufgaben der Ausschussmitglieder in den Krankenkassen. — Korrespondenzen (Frankfurt a. M., Halle a. S., Hannover, Osnabrück). — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften.

Für die Woche vom 4. bis 10. Januar 1914 ist die Beitragsmarke in das mit 2 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Der Tariffkampf der österreichischen Buchdrucker- und Arbeiterinnen hat zu einem allgemeinen Ausstand in

allen Druckorten Oesterreichs geführt. — Die Unternehmer machten die größten Anstrengungen, durch Inlerate in der bürgerlichen Presse sowohl, als auch durch die Vermittlung von Streikbrecheragenten in Deutschland Personal anzuwerben.

Wir warnen vor der Annahme solcher Arbeitsangebote.

Sämtliche Druckereien Oesterreichs sind für Verbandsmitglieder gesperrt!

Der Verbandsvorstand.

Z A: Paula Thiede, Vorsitzende.

Zur Finanzfrage unseres Verbandes

Noch trennen uns ungefähr sechs Monate von der Zeit, in welcher die berufenen Vertreter unseres Verbandes in Leipzig zusammentreten werden, um über den weiteren Ausbau des Verbandes zu beraten und zu beschließen, und schon sehen wir die Kollegenenschaft emsig an der Arbeit, um die Situation klären zu helfen und mitzuwirken an dem großen Werk. Jeder tut dies so gut er kann, in dem Bewußtsein, daß dies der richtige Weg sein kann, auf dem wir weiter-schreiten sollen. — Zurzeit steht die Finanzfrage des Verbandes zur Diskussion. Es wird wohl niemand behaupten wollen, daß es unnötig sei, gerade dieser das Hauptaugenmerk zuzuwenden. Im Zeitalter des Kapitalismus gilt auch für uns dieselbe Zauberformel wie für diesen, nämlich: „wer Geld hat, hat die Macht, wer keines hat, lasse sich begraben“. Wollen wir eine Macht sein,

mit der die Prinzipalität rechnen muß, dann tut es not, daß wir beizeiten die Situation sichten und dann den Hebel ansetzen. Bei aller Diskussion sollen wir uns aber auch davor hüten, allzu schwarz zu malen, denn es hat wirklich keinen Sinn, uns um unser schon jetzt erreichtes Ansehen zu bringen, dadurch hüben wir leicht an Werbekraft ein.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise führt uns in sehr drastischer Weise vor Augen, daß unsere in München beschlossenen Unterstützungssätze derartigen Zeiten nicht stand halten. Sehen wir uns den Jahresbericht von 1912 an, so muß uns sofort die Summe von 90.409,20 Mk. für Arbeitslosenunterstützung in die Augen fallen. Es sind dies 41.795,20 Mk. mehr als im Jahre 1911. Diese Mehrausgabe zeigt uns am deutlichsten, in welcher Weise die Konjunktur nachgelassen hat. Diese Mehrausgabe zeigt uns aber auch, daß dieselbe in keinem Verhältnis zu unseren sonstigen Klassenverhältnissen steht. Es dürfte ausgeschlossen sein, daß wir auf absehbare Zeit mit unseren jetzigen Einnahmen und Ausgaben einen solchen Kampffonds zusammenbringen, wie es die immer schwieriger sich gestaltenden gewerkschaftlichen Verhältnisse notwendig erscheinen lassen. — Nun hat Kollege A. Sch. aus München in einer Artikelserie ebenfalls Stellung zu dieser Frage genommen und dabei am Schlusse seines letzten Artikels aufgefordert, daß seine Vorschläge unter die schärfste Kritik der Mitglieder gestellt werden sollen. Dieser Aufforderung will ich hiermit für meinen Teil nachkommen. Vor allem gefällt mir der von A. Sch. in den Artikeln angelegene Ton nicht. Ich habe die Auffassung, daß es doch auch möglich wäre, Vorschläge zu machen, die nicht auch zugleich Vorwürfe gegen bestimmte Personen innerhalb unseres Verbandes enthalten. Ebenso vermißt man das bei allen fruchtbringend sein sollenden Diskussionen so notwendige kollegiale Gefühl. — Kollege A. Sch. macht einfach für die jetzige Finanzlage des Verbandes den Verbandsvorstand verantwortlich, da dieser seinerzeit die Vorschläge zu den jetzigen Unterstützungsleistungen gemacht hat. Da der gesamte Münchener Verbandstag diesen Vorschlägen zugestimmt hat, so haben alle damals diesen Vorschlägen zustimmenden Delegierten die Verantwortung mit übernommen. Darunter war meines Wissens auch Kollege A. Sch. aus München. Auch als Warner hat Kollege A. Sch. seine Stimme nicht erhoben, denn das Münchener Protokoll weist nichts davon auf. So soll man aber auch nicht, nachdem alle erst jetzt erkannt haben, daß es so nicht weiter gehen kann, sich hinstellen und tun, als ob man dies damals schon gewußt hätte.

Noch etwas möchte ich gleich mit vorwegnehmen. Den Angriff auf einzelne Gauleiter unseres Verbandes. Der Schreiber dieser Zeilen fühlt sich ja nicht davon getroffen, aber doch ist es notwendig, darüber einiges zu sagen. Kollege A. Sch. ist, wie es scheint, auf einmal recht weltfremd geworden, denn sonst könnte er doch wissen, daß der Verbandsvorstand seine Entschlüsse, ob er eine persönliche Vertretung in irgendeinem Gauorte für notwendig erachtet, selbständig ohne Mitwirkung der Gauleiter faßt und daß dabei nicht auf den Wert oder Unwert eines Gauleiters geschlossen werden kann, wenn der Verbandsvorstand am Orte weilt; denn sonst hätte sich A. Sch. selbst kein gutes Zeugnis ausgestellt, da in den früheren Jahren sich die Anwesenheit von Verbandsvorstandsmitgliedern in München recht oft nötig machte. Es liegt mir vollständig fern, persönlich zu werden, aber man soll auch nicht ungerade gegen die anderen werden, es könnte dies sehr leicht als persönliche Feindschaft ausgelegt werden. Und Feindschaft zwischen Funktionären ist für die Allgemeinheit eine gefährliche Sache, dabei ist die Kollegenschaft immer der Leidende Teil. Hoffentlich sind die Ausführungen des Kollegen A. Sch. anders gemeint.

Kommen wir nun zu unserer eigentlichen Aufgabe. Wir werden uns wohl alle klar darüber sein, daß in unserer Finanzfrage etwas geschehen muß. Nun helfen uns allerdings keine großen Prozentberechnungen darüber hinweg, sondern nur praktische Vorschläge, darin bin ich mit A. Sch. einig.

Gegen wir einmal den prüfenden Maßstab an unsere Arbeitslosenunterstützung, so werden wir finden, daß unsere Sätze den geleisteten Beiträgen gegenüber in einem großen Mißverhältnis stehen. Solange nur recht wenig Mitglieder die Unterstützung in Anspruch zu nehmen brauchen, wird dies nicht weiter auffallen. Tritt aber eine wirtschaftliche Krise ein, so haben wir das Mißverhältnis sofort vor Augen, die Finanzkalamität ist dann da. Deswegen kann eine Gesundung unserer Klassenverhältnisse nur eintreten, wenn wir den Zweig der Unterstützungen, der die Kalamität verursacht, von Grund auf reformieren. Die Vorschläge, die uns Kollege Sch. macht, würden uns wohl nach meiner Ansicht eine Besserung, aber keine volle Gesundung bringen; da pflichte ich der Kollegin Liebe bei, wenn sie schreibt, daß man wohl alle Staffeln wird kräftig reduzieren, sowie auf die Bezugsdauer in den ersten Jahren unser Hauptaugenmerk richten müssen. — Der Beitragserhöhung der fünften Klasse von 60 auf 70 Pf. könnte man beistimmen. Die Einführung einer weiteren Beitragsklasse sollte man nicht versuchen, da die Gefahr besteht, daß dann nicht alle Kollegen dazu übertreten würden und dadurch unsere Rechnung wieder ein Loch bekäme. Hebt man aber die 60 Pf. = Marken auf und führt dafür 70 Pf. = Marken ein, so umfaßt man damit die ganze fünfte Klasse ohne jede Ausnahme. — In der Unterstützungsregulierung müßte man dann aber, wie schon erwähnt, nicht nur an der fünften, sondern an allen Klassen den reformierenden Hebel ansetzen. Ebenso sollte man auch einen Unterschied in der Bezugszeit machen. Hierzu möchte ich in Vorschlag bringen, daß für alle Klassen nach 52 Beitragswochen nicht 60 Tage, sondern nur 30 Tage Unterstützung bezahlt wird. Bei 104 Beitragswochen könnte man dann wieder auf 60 Tage heraufgehen. Auch sollte man Änderungen in der Höhe der Bezüge in allen Klassen vornehmen und dieselben mit den geleisteten Beiträgen in Einklang bringen. Sehen wir uns einmal den Vorschlag des Kollegen A. Sch. an. Da kann man in Klasse 1 nach 52 Wochen gleich 10,40 Mark 36 Mk. erhalten. In Klasse 5 für 182 Mk. 150 Mk. Hier 32 Mk. weniger, dort beinahe 26 Mark mehr. So ungefähr ist nach diesem Vorschlag das Verhältnis in allen Klassen zwischen dem ersten Jahr und der längeren Mitgliedschaft. Deshalb wäre es den langjährigen Mitgliedern gegenüber nur gerecht, wenn ein Ausgleich dadurch geschaffen würde, daß nach 52 Wochenbeiträgen nur für 30 Tage Unterstützung ausbezahlt würde. In eine Tabelle gefaßt, würde mein Vorschlag folgendermaßen aussehen:

	Gezahlte Beiträge		Tage	Höchstsumme
	Mk.	Pfg.		
1. Klasse:	52 Beiträge à 20 Pfg. = 10,40 Mk.	—	60	18,— Mk.
	104 " " 20 " = 20,80 "	—	60	86,— "
2. Klasse:	52 " " 30 " = 15,60 "	—	80	24,— "
	104 " " 30 " = 31,20 "	—	80	48,— "
3. Klasse:	52 " " 40 " = 20,80 "	—	90	27,— "
	104 " " 40 " = 41,60 "	—	90	54,— "
	156 " " 40 " = 62,40 "	1	60	60,— "
4. Klasse:	52 " " 50 " = 26,— "	1	—	80,— "
	104 " " 50 " = 52,— "	1	—	60,— "
	156 " " 50 " = 78,— "	1	20	72,— "
	208 " " 50 " = 104,— "	1	40	84,— "
5. Klasse:	52 " " 70 " = 36,40 "	1	80	99,— "
	104 " " 70 " = 72,80 "	1	80	78,— "
	156 " " 70 " = 109,20 "	1	50	90,— "
	208 " " 70 " = 145,60 "	2	—	120,— "

Die Erhöhung der Bezugszeit auf 75 Tage, wie sie A. Sch. vorschlägt, halte ich nicht für gut, da wohl die Annahme berechtigt ist, daß, wer 60 Tage bezieht, dann auch 75 beziehen wird. A. Sch. schreibt ja selbst, daß er schon die Beobachtung gemacht habe, daß mit dem Aufhören der Unterstützungsauszahlung eine ganze Reihe von Personen sofort vom Arbeitsnachweis verschwunden waren. Dieser Umstand dürfte auch bei herabgesetzter Unterstützung noch fortbestehen. Deswegen empfiehlt es sich, an der Bezugszeit lieber nichts zu ändern.

An der Krankenunterstützung braucht meines Erachtens nichts geändert werden. Sollten aber doch hier und da Wünsche dieser Art vorhanden

sein, so könnte ich sie nur in der Weise beantworten, daß man der 5. Klasse, da sie bei der Regulierung in zweifacher Hinsicht die Leidtragende ist, darin etwas entgegenkommt. Doch darüber wird sich ja die Situation mit dem Näherkommen des Verbandstages klären, so daß ich es mir jetzt ersparen kann, eine bestimmte Anregung dazu zu geben.

Die Böhnerinnenunterstützung sollte man auch in der seitherigen Form bestehen lassen. Die Summe ist wirklich nicht so hoch, als daß es sich lohnte, deswegen die Kolleginnen auf den Plan zu rufen. Freilich, agitatorische Wirkung hat diese Unterstützung keine gezettigt. Aber in der Zeit der Diskussion des Gebärstreiches brauchen wir keine Angst zu haben, daß dieser Unterstützungszweig uns in den nächsten Jahren eine Ausgabesteigerung bringen dürfte.

Es mag nun sein, daß manchem diese Vorschläge, soweit dieselben die Arbeitslosenunterstützung betreffen, unympathisch sein werden. Aber irgendwo muß man angreifen und wo dies auch immer sein mag, wird es weh tun. Bleibt die Beitragserhöhung für alle Klassen. — Aber auch da sind wir an der Grenze angelangt. Was nicht es uns, wenn wir uns das Agitationsfeld noch mehr erschweren? Geben wir uns doch keiner Täuschung hin, leichter wird die Agitation mit höheren Beiträgen auf keinen Fall. Darüber besteht ja kein Zweifel, daß unsere erprobten Mitglieder auch weiter mit Stange halten würden, aber Neuland werden wir noch viel schwerer eringen als dies jetzt schon der Fall ist. Und Neuland haben wir noch viel zu holen, wenn wir den Widerstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins in unserer Tariffrage für kleinere Orte noch brechen wollen. Solange die Prinzipalität der kleineren Orte keine Hilfsarbeiterfrage aus der Praxis temmen wird, solange stimmen diese Herren auf ihren Hauptversammlungen stets dagegen, wenn es sich um Hilfsarbeiterforderungen handelt. — Also dürfen wir uns die Agitation für Neuland nicht noch mehr erschweren. Bleibt letzten Endes nur die Herabsetzung der Unterstützungssätze übrig. Eine jede Operation verursacht Schmerzen. Diese scheint mir aber doch den Vorzug vor der anderen zu haben. Andere Verbände haben meines Wissens diesen Weg auch schon beschritten müssen. Wie ist ein Beispiel bekannt, wo der Unterstützungssatz schon zur Tradition gehörte — und doch mußte die Kürzung sein und sie ist auch durchgeführt worden. — Was nun die eventuelle Kostenparung durch die nur vierseitige Herausgabe unserer Zeitung betrifft, so läßt sich ja darüber streiten. Aber während andere Gewerk-

schaften ihre Zeitungen fortgesetzt ausbauen, zum Teil noch äußerst teure Fachbeilagen einführen, wollen wir in dieser Hinsicht wieder einen Schritt zurückgehen. Will man davon ausgehen, daß es Fälle gibt, wo die Zeitung ungelesen beiseite gelegt wird, so käme man dann bald dazu, sie wieder ganz abzuschaffen, denn auch mit vier Seiten wird es noch Interesselose geben. Dagegen ist nicht zu leugnen, daß die größere Anzahl der Kollegenschaft mit Interesse das Blatt verfolgt und für diese würde die Schmälerung zweifellos einen Verlust bedeuten. Wenn nicht jede Nummer für jeden Leser gleich interessant ist, so liegt dies heute genau noch so wie früher an der mangelhaften Mitarbeit der Kollegenschaft.

Nun setzt Kollege A. Sch. den Hebel auch an verschiedene Verbandsvorstandsausgaben an. Er tut dies allerdings vor der ausdrücklichen Hervorhebung, weil der Hauptkassierer die Einnahmen der Lokalkassen noch weiter schmälern möchte. Da bin ich auch der Auffassung, daß dies unter keinen Umständen sein kann. Es ist wirklich jetzt schon ein Elend, wie sich selbst mittlere Zahlstellen unseres Verbandes quälen müssen, um nur einigermaßen auf der Höhe zu bleiben und um den im Orte an sie gestellten Anforderungen zu genügen. Will man die treffen, die man meint, dann wäre es allerdings besser, man schafft die Prozente ganz ab und übernimmt dafür sämtliche für die Ortsverwaltungen notwendigen Ausgaben.

Wenn aber Sch. die Ausgaben des Verbandsvorstandes für Drucksachen und Agitation mit heranzieht, daß daran mehr gespart werden soll, so kann ich ihm darin nicht folgen. Nach meiner Auffassung geschieht in unserem Verband in dieser Hinsicht noch nicht genug. Was haben wir an gedrucktem Agitationsmaterial zur Verfügung? Außer dem großen Flugblatt noch die Broschüre „Ein Wiedersehen“. Dies ist zu wenig, wo wir noch ein so großes Arbeitsfeld haben. Es sollte periodisch den Zahlstellen immer neues Material geliefert werden. — Ebenso steht es mit den sonstigen Drucksachen, außer den zur Unterstützungsauszahlung und Abrechnung notwendigen Formularen liefert der Verbandsvorstand den Zahlstellen nichts, sondern jede läßt sich wieder selbst den übrigen Bedarf drucken. Da könnte meines Erachtens gespart werden, wenn darin durch den Verbandsvorstand großzügiger vorgegangen würde. Die Drucksachenrechnung der Zentrale würde dadurch natürlich noch größer, aber man brauchte nicht 74 mal dieselben Satzlosien zu bezahlen. — Auch in der Agitation halte ich es für gefährlich, dem Verbandsvorstand zuzurufen, es soll noch mehr gespart werden. Dies wäre gleichbedeutend mit verminderter Agitation. Da stehe ich auf dem Standpunkt, daß noch fräftiger wie bisher zugegriffen werden soll. Andere Verbände wählen jedes Jahr einmal ihre sämtlichen Berufsangehörigen mit allgemeiner Agitation durch das ganze Reich auf. Den Versammlungen geht immer eine Flugblattverbreitung bis in den kleinsten Winkel Deutschlands voraus. So ähnlich sollte bei uns auch gearbeitet werden. Dies würde allerdings auch wieder Geld kosten. Deshalb ist es nach meiner Ansicht vertehrt, dem Verbandsvorstand dieser Ausgaben halber Vorwürfe machen zu wollen; dies könnte, wie schon erwähnt, nur dazu führen, daß in dieser Hinsicht noch weniger wie seither getan würde.

Nun noch einige Worte zur Fluktuation in unserem Verbands. Soweit diese durch den Berufswechsel bedingt ist, wird auch in Zukunft nichts dagegen zu machen sein. Der Fluktuation wird aber auch noch durch andere Momente Vorwurf geleistet, nämlich durch das Restantenwesen oder richtiger gesagt Restantenuntwesen. Bezahlt jemand in einer Woche nicht — weil es angeblich nicht geschieht ist — so wird es in der nächsten Woche wohl noch ungeschickter sein, denn da sind dann zwei Beiträge zu zahlen. Dies wird dann mit jeder neuen Woche schwerer. Die Folge ist, daß der Verband zur Last wird, und schließlich kommt die weitere Folge, man tritt aus oder läßt sich ausschließen. Unter dieser Mißere haben wir ganz besonders zu leiden und an anderen Orten dürfte dies wohl auch der Fall sein. Hinzu kommt noch, daß dieser Art ausgetretene Kollegen und Kolleginnen viel schwerer wieder zum Eintritt zu gewinnen sind als ganz neue Kollegen und Kolleginnen. In der Regel ist eine Verärgerung über das umsonst bezahlte Geld vorhanden. Es sollte daher unser Bestreben sein, Vorkahrungen zu finden, die dies auf ein Minimum herabdrücken. Ganz verschwinden wird es wohl kaum. — Geben wir davon aus, daß der berufene Agitator in der Zahlstelle der Vorsitzende ist. Wir sehen da, daß dieser agitiert und agitiert und ist das Jahr herum, so ist die Mitgliederzahl, wenn nicht gar zurückgegangen, so doch im besten Falle nur dieselbe geblieben. In der Regel erfährt der Vorsitzende erst die Namen der Restierenden oder Ausgetretenen, wenn es zu spät ist, wenn die Mitglieder unter Umständen ein Vierteljahr, vielleicht

gar ein halbes Jahr nicht mehr bezahlen. Um diesem Uebelstand abzuwehren, haben wir probeweise bei uns folgende Einrichtung getroffen: Bei jeder Monatsabrechnung muß die Vertragsperson einen Bericht an den Vorsitzenden mit einschicken. Ohne Vorstandsbericht ist die Abrechnung nicht anzunehmen. Das Formular umfaßt folgende Fragen: 1. Firma. 2. Bezeichnung des Monats. 3. Mitgliederstand. 4. Wieviel sind im Geschäft unorganisiert? 5. Welche Mitglieder sind im Laufe des Monats hinzugekommen? 6. Welche Mitglieder haben am Monatschluß Beitragsreste und wieviel? 7. Wer ist aus dem Geschäft ausgetreten? 8. Wer ist aus dem Verband ausgetreten? 9. Wird im Laufe des Monats eine Geschäftsversammlung gewünscht? 10. Welcher Betrag ist für diesen Monat an den Verband abgeleitet worden? Unter diesen Fragen folgt die übliche Abrechnung an den Kassierer, welche von diesem abzutrennen ist. Der Kassierer hat nun den Bericht umgehend dem Vorsitzenden zuzustellen. Dieser erstet sodann, wie hoch der Mitgliederstand, die Zahl der Unorganisierten usw. ist und kann sofort seine Maßnahmen darnach einrichten. Es muß natürlich abgewartet werden, ob sich diese Einrichtung bewähren wird. Auf jeden Fall tappt der Vorsitzende über den jetzigen Stand der Organisation nicht mehr ein Vierteljahr (bis zur Abrechnung) im Dunkeln herum, sondern er ist von Monat zu Monat orientiert. Werden dann sofort die notwendigen Maßnahmen getroffen, so dürfte es in vielen Fällen gelingen, die Mitglieder wieder eines Besseren zu belehren. —

Meine Auffassung ist nun, daß die hier gemachten und zum Teil ergänzten Vorschläge geeignet sind, uns die Festigung unserer Klassenverhältnisse, die wir für die nächsten Jahre so dringend brauchen, zu bringen. Sollten in der Folge noch bessere Vorschläge erscheinen, so bin ich jederzeit bereit, mich belehren zu lassen. Doch sollte den weiteren Vorschlägen ebenfalls das Ziel vorstehen, daß es gilt, den Verband zu stärken — zum Wohle der gesamten Kollegenchaft.

Stuttgart.

H. W.

Die Aufgaben der Ausschußmitglieder in den Krankenkassen

Am 1. Januar trat die Krankenversicherung nach der neugeschaffenen Reichsversicherungsordnung in Kraft. Damit beginnt auch die Tätigkeit der Ausschüsse für die einzelnen Orts-, Land-, Betriebs-, Zünftungs- und Knappschafts-Krankenkassen — neben Ersatz- und Seemannskassen. Da es nun gilt, neben der Sorge um eine gute Vorstandsbesetzung in den Krankenkassen, vor allen Dingen die den Versicherten gegebenen Rechte in der Reichsversicherungsordnung auf dem Gebiete der Krankenversicherung vollaus auszunutzen, dürfte es angebracht sein, die Aufgaben der Ausschußmitglieder, welche für alle Versicherten von großem Interesse und von diesen in Zukunft zu lösen sind, hier einer näheren Erläuterung zu unterziehen. Nur dadurch kann das Pflichtbewußtsein der Ausschußmitglieder wachgerufen und gestärkt werden. Die Ausschußmitglieder sind den Versicherten entnommen, mithin wohlweislich am besten in der Lage, über das Wohl und Wehe ihrer gleichberechtigten Klassenangehörigen zu befinden. Nur allein von den Ausschußmitgliedern in den Krankenkassen hängt es ab, wie in Zukunft die Vorstände der einzelnen Klassen arbeiten. Daß dieses in der richtigsten Weise geschehen möge, dazu dürften nachstehende Winke und Ratsschläge für die Ausschußmitglieder und den Versicherten beitragen.

Besamtlich sind die Krankenkassen auch in Zukunft nur zur Gewährung der gesetzlich vorgeschriebenen Regelleistungen verpflichtet. Die Ausschußmitglieder in den Krankenkassen können aber höhere Leistungen erstreben und in den Klassenstatuten festlegen, wie es in der Reichsversicherungsordnung vorgesehen ist. Wenn die Ausschußmitglieder diese auferlegten Pflichten im Allgemeininteresse zu erfüllen versuchen, so dürften bald anstatt Regelleistungen höhere Leistungen und weitblickendere Verwaltungsmaßnahmen in den einzelnen Krankenkassen gebildet werden können.

Daß dieses notwendig sein dürfte, darüber könnten wohl keine Meinungsverschiedenheiten unter den Versicherten vorhanden sein.

Die Ausschüsse der Krankenkassen haben in Zukunft nach § 345 der Reichsversicherungsordnung über alles zu beschließen, was nicht durch Gesetz, Satzungen oder Dienstordnungen den Krankenkassenvorständen zugewiesen ist. Vorbehalten bleibt den Ausschußmitgliedern bzw. Ausschüssen, die Vorschläge der Klassen festzusetzen, die Jahresrechnungen abzunehmen und die Klassen gegenüber den Vorständen zu vertreten. Ferner sind die Vereinbarungen und Verträge mit anderen Klassen zu beschließen und die Einrichtungen von Melde- und Zahlstellen anzuordnen, weiterhin wichtigere Aufgaben der Ausschüsse in den Krankenkassen. Auch die Satzungsänderungen, Klassenauflösungen oder freiwillige Klassenvereinigungen sind mit die bedeutendsten Aufgaben der Krankenkassen-Ausschußmitglieder. Allerdings bedürfen die letztgenannten Beschlüsse der Mehrheit der Arbeitgeber und der Versicherten. Bei Satzungsänderungen genügt ungetrennte Abstimmung, wenn sie nach § 326 angeordnet sind, oder wenn sie die Klassenleistungen und Beiträge betreffen und nicht den Bestimmungen der §§ 336 und 339 widersprechen. Zur Vorbereitung seiner Beschlüsse haben die Ausschüsse in den Krankenkassen das Recht, Beauftragte oder Unterausschüsse zu bestellen, um somit eine besser Lösung ihrer gestellten Aufgaben erzielen zu können.

Bei Erwerbungen, Veräußerungen oder Belastungen von Grundstücken werden die Krankenkassen durch die Vorstände und Ausschüsse vertreten. Der Zustimmung der Ausschüsse bedürfen die von den Vorständen aufgestellten und abgeänderten Dienstordnungen für die Angestellten. Auch bedürfen ferner die Vorstandsbeschlüsse über Errichtung von Krankenhäusern, Zahnkliniken und Genesungsheimen der Zustimmung der Ausschüsse. Desgleichen haben die Ausschüsse die Meldung und Ueberwachung der Kranken, sowie ihr Verhalten durch eine Krankenordnung zu regeln (§§ 346, 347 und 355).

Die im § 182 der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Krankenhilfe (also ärztliche Behandlung, Medikamente, Krankengeld usw.) kann wesentlich erweitert werden. Infolge Satzungsänderungen (Statutenausbau) durch die Ausschüsse kann die Krankenhilfe von 26 auf 52 Wochen ausgedehnt werden (§ 187). Ebenso kann die Fürsorge für Genesende — namentlich durch Unterbringung in einem Genesungsheim — bis zur Dauer eines Jahres nach Ablauf der Krankenhilfe auf Grund der Satzungsänderungen gestattet werden. Ebenso können in gleicher Weise Hilfsmittel gegen Verunstaltung und Verkrüppelungen, die nach beendigtem Heilverfahren nötig sind, zugebilligt werden, um die Arbeitsfähigkeit herzustellen und erhalten zu können.

Gleichzeitig ist es nach § 189 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung zulässig, daß bei den erkrankten Versicherten auf Grund erweiterter Satzungen eine Kürzung des Krankengeldes aus anderen Versicherungen vom gezahlten Krankengeld ausgeschlossen wird. Ebenso kann das Krankengeld bis auf drei Viertel des Grundlohnes erhöht, wogegen es sonst nur die Hälfte beträgt, und für Sonn- und Feiertage zugebilligt werden (§ 191). Weiterhin kann auch durch die Satzungsänderungen das Hausgeld bis zum Betrage des gesetzlichen Krankengeldes erhöht und Versicherten, für die kein Hausgeld zu zahlen ist, neben Krankenhauspflege ein Krankengeld bis zur Hälfte des gesetzlichen Betrages zugebilligt werden.

Nach § 198 der Reichsversicherungsordnung kann die Satzung versicherungspflichtigen Ehefrauen oder allen weiblichen Versicherungspflichtigen, wenn diese mindestens sechs Monate hindurch vor der Niederkunft im letzten Jahre versichert waren, Hebammendienste und erforderlichenfalls ärztliche Geburtshilfe zubilligen. Unter gleicher Voraussetzung kann Schwangeren, wenn sie infolge der Schwangerschaft arbeitsunfähig werden, ein Schwangerengeld in Höhe des Krankengeldes bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen zugebilligt werden. Ebenso kann Wöchnerinnen, solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld bis zur Höhe des halben Krankengeldes

und bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niedertunft zugebilligt werden.

Als Sterbegeld soll in Zukunft der 20fache Betrag des Grundlohns gezahlt werden. Die Satzung kann aber das Sterbegeld erhöhen bis zum 40fachen Betrag des Grundlohns oder als Mindestbetrag 50 M. festzusetzen (§§ 201 und 240 der Reichsversicherungsordnung).

Auf Grund der Satzungen kann auch nach § 205 der Reichsversicherungsordnung Familienhilfe zugebilligt werden. Es kann Krankenpflege an versicherungsfreie Familienmitglieder des Versicherten, bezüglichen Wochenhilfe an Ehefrauen und Sterbegeld beim Tode der Ehegatten oder eines Kindes des Versicherten vorgelesen und gewährt werden. Dieses Sterbegeld für den Ehegatten kann bis auf zwei Drittel, für ein Kind bis auf die Hälfte des Mitglieder-Sterbegeldes bemessen werden. Eine Kürzung dieses Sterbegeldes ist um den Betrag zulässig, auf das der Verstorbene selbst gesetzlich versichert gewesen ist.

Diese vorstehenden Erläuterungen enthalten die Aufgaben der Ausschussmitglieder in den Krankentassen, welche diese zu erfüllen erstreben müssen. Es ist ein reiches Feld, welches die Ausschüsse infolge Satzungerweiterungen auf dem Gebiete der Krankenversicherung zu bearbeiten haben. Mögen deshalb die von den Versicherten gewählten und entnommenen Ausschussmitglieder die in der Reichsversicherungsordnung gegebenen winzigen Rechte vollstaus ausnützen und erhöhte Leistungen den Versicherten und Familienangehörigen gewähren, sobald es die finanziellen Verhältnisse der einzelnen Krankentassen zulassen. Dieses kann und muß geschehen, weil es bisher schon einige gut geleitete Kasernen unter dem alten Recht völlig gewährt haben. R. V.

Korrespondenzen.

Frankfurt a. M. Ordentliche Generalversammlung am 14. Dezember. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht, dem folgendes zu entnehmen ist: Das Geschäftsjahr 1912/13 war ein ruhigeres als das Vorjahr, immerhin ist aber Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden gewesen. Es fanden statt: 10 Vorstandssitzungen und 8 Mitgliederversammlungen. In 4 Mitgliederversammlungen wurden Vorträge gehalten und zwar über die Arbeiterschutzgesetzgebung, Hinterbliebenen- und Waisenversicherung, Volksfürsorge und einer über die Lage im atrophischen Gewerbe. Die Versammlungen waren durchschnittlich von 45 Mitgliedern besucht. Eine Statistik ergab, daß 36 Kolleginnen und 35 Kollegen überhaupt im Jahre nicht eine einzige Versammlung besucht hatten. Hier Besserung im Versammlungsbesuch zu schaffen, müßte die Aufgabe der Kollegenschaft sein. Auch im kommenden Jahre soll diese Statistik geführt werden. Der Mitgliederstand beträgt zurzeit 151 gegen 148 im Vorjahre. Wenn auch der Mitgliederstand unter den männlichen ein stabiler genannt werden kann, so ist dies bei den weiblichen Mitgliedern nicht der Fall. Die Fluktuation ist im ganzen Jahre eine große, so daß die Mitgliederzahl bis auf 120 gesunken war. Es wurden des öfteren Werkstättenversammlungen abgehalten, um den Mitgliederstand wieder auf die alte Höhe zu bringen. Der Erfolg dieser Versammlungen war aber ein minimaler, so daß auch fortwährend Hausagitation durch die Verwaltung betrieben wurde und zwar in Frankfurt, Offenbach, Hechenheim und Mainz. Es wäre zu wünschen, wenn sich auch aus den Reihen der Mitglieder einige finden, die der Verwaltung in der Hausagitation hilfreich zur Seite stehen würden. Es fand eine Sitzung am Gewerbeamt wegen dem Arbeitsnachweis statt. Eine Schiedsgerichts-Sitzung, die stattfand, hat zu unseren Gunsten entschieden. Die Verwaltung müßte des öfteren in Geschäften vorstellig werden wegen Beseitigung von Differenzen. Der Vorsitzende wünschte auch, daß die Kollegenschaft sich mehr und mehr an den Bildungsbestrebungen des Arbeiterbildungsausschusses beteiligen möchte, und schloß seinen Geschäftsbericht mit der Mitteilung, daß das kommende Jahr wieder ein lebhafteres sein würde, da im Vorbergrunde unser Verbandstag stünde; es wäre deshalb notwendig, daß jedes Mitglied ein guter Versammlungsbesucher werde. Auf den Kampf in Oesterreich hinweisend, der eine Vorbedeutung für unsere Tarifbewegung in zwei Jahren sei, müßten wir auch jetzt schon an die Vorbereitungen gehen, um bis dahin eine gute und schlagfertige Organisation zu schaffen.

Der Kassierer erstattete hierauf den Jahresklassenbericht. Auf Antrag der Revisoren wurde dem gesamten Vorstand Decharge erteilt. Eine lebhaftere Debatte entspann sich um die Festsetzung und Verteilung der Remuneration. Der Vorsitzende wünschte im Interesse der Stärkung unserer Lokalkasse eine Kürzung der seither ausgezahlten Remuneration. Dieser Vorschlag wurde, nachdem der Kassierer dagegen gesprochen hatte, abgelehnt. Die Verammlung beschloß, die Remuneration auf 150 M. festzusetzen und wie folgt zu verteilen: Der Kassierer erhält 80 M., der Schriftführer 40 M., der erste und zweite Vorsitzende sowie die Beisitzerin je 10 M. (Ob das nicht ein Irrtum des Schriftführers ist? Die Redaktion.) Die vorgenommene Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der seitherigen Vorstandsmitglieder mit Ausnahme der Beisitzerin, die wegen baldiger Abreise aus Frankfurt eine Wiederwahl ablehnte. Für diese Kollegin findet die Ersatzwahl in der nächsten Mitgliederversammlung statt. Ein Antrag, das Bureau in das Gewerkschaftshaus zu verlegen, wurde abgelehnt. (Einiga. 23. 12. 1913.)

Halle a. S. Mitgliederversammlung am 13. Dezember. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken an die verstorbene Kollegin Jentich durch Erheben von den Blasen geehrt. Nachdem das Protokoll und der Kartellbericht zur Kenntnis gebracht waren, teilte der Vorsitzende mit, daß eine Klage gegen die Firma Friedrich u. Bauer schon vor einigen Wochen beim Tarifschiedsgericht anhängig gemacht wurde, aber bis jetzt noch nicht zur Entscheidung gelangte, weil anscheinend der Prinzipalvorsitzende kein Interesse an der Erledigung der Sache hat. Wenn Klagen gegen das Hilfspersonal vorliegen, arbeitet das Schiedsgericht viel prompter. Die Verammlung mißbilligt diese durch nichts zu begründende Verzögerung und spricht die Erwartung aus, daß in Zukunft entsprechend den tariflichen Bestimmungen gehandelt wird. Die Kollegen Stolle und Preisch berichteten über Krankentassen-Angelegenheiten und den Konflikt. Zum Schluß wurde den arbeitslosen Mitgliedern eine Weihnachtunterstützung von 3 resp. 5 M. bewilligt. (Einiga. 27. 12. 1913.)

Hannover. Die am 18. Dezember stattgefundene Mitgliederversammlung ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen Koch in üblicher Weise. Für die arbeitslosen Mitglieder wurden 40 M. als Extraintervention bewilligt. Zu dem am 4. Januar stattfindenden Benanigen wurde ein Komitee gewählt. Zum Schluß richtete Kollege Spatuhl die Mahnung an die Kollegenschaft, im neuen Jahr dafür zu sorgen und zu wirken, daß dem Verbands hilfswilligen und kräftigen Mitarbeiter zugeführt werden zum Wohle der Zahlstelle und ihrer Mitglieder. (Einiga. 27. 12. 1913.)

Osnabrück. In der am 13. Dezember stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte unser Gauleiter Kollege Spatuhl-Hannover über die Frage „Was bietet uns die Organisation“. Der Redner veranschaulichte an Hand reichhaltigen Zahlenmaterials und vieler Beispiele das segensreiche Wirken der Gewerkschaftsorganisationen im allgemeinen und unseres Verbandes im besonderen. Trotz alledem verschließen sich noch viele Kollegen und Kolleginnen den Vorteilen der Organisation zu ihrem eigenen Schaden. Besondere in Osnabrück, wo die erbärmlichsten Lohnverhältnisse herrschen, wäre es dringend notwendig, daß sich die Hilfsarbeiterschaft dem Verbands anschließt, um mit dessen Hilfe die Lage aller zu verbessern. Diese Ausführungen wurden von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende appellierte an die Kollegenschaft, sie möge die Worte des Referenten beherzigen und tatkräftig für den Ausbau der Organisation arbeiten, damit wir um so eher in die Lage kommen, unser besseren menschenwürdigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen leben zu können. (Einiga. 15. 12. 1913.)

Rundschau.

Zur gest. Nachahmung! In der letzten Berliner Prinzipalversammlung hat der Vorstand durch den stellvertretenden Vorsitzenden folgendes zur Kenntnis gebracht:

„Einem Eruchen des Verbandes der Buch- und Steinbrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands entsprechend richten wir an die geehrten Herren Kollegen die Bitte, die Folgen der auch bei den Hilfsarbeitern im Buchdruckgewerbe sich bemerkbar machenden Arbeitslosigkeit dadurch mit besettigen oder wenigstens verringern zu helfen, daß sie möglichst nur solches Personal einstellen, welches auf

dem Arbeitsnachweis der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter, Alte Jakobstr. 5, vorgemerkt ist. Wir glauben uns den geäußerten Gründen nicht verschließen zu können, da, wie uns mitgeteilt wird, auf dem Arbeitsnachweis viele Hilfsarbeiter sind, denen es nicht gelingt, eine Stellung zu finden, weil die Buchdruckereien es vorziehen, ihr Personal auf andere Weise zu ergänzen.

Auch die seitens des Hilfsarbeiterverbandes besagte Zunahme der Ueberstunden würde unter Umständen ihre für die Hilfsarbeiter unangenehmen Folgen verlieren, wenn die Herren Kollegen es ermäßigen könnten, an Stelle der Ueberstunden Doppelschichten oder Schichtenwechsel einzuführen.

Wir möchten nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß gemäß § 137 der Gewerbeordnung Arbeiterinnen nicht in der Nachtzeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und am Sonnabend sowie an den Vorabenden der Festtage nicht nach 5 Uhr nachmittags beschäftigt werden dürfen, daß außerdem die Beschäftigung der Arbeiterinnen die Zeit von 10 Stunden täglich, an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen 8 Stunden, nicht überschreiten darf.

Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß das Gewerbeamt zu Berlin sich bereit erklärt hat, alle Streitigkeiten in Hilfsarbeiter-Angelegenheiten vor das Hilfsarbeiter-Schiedsgericht zu verweisen. Wir bitten daher, falls Klagen seitens eines Hilfsarbeiters vor dem Gewerbeamt anhängig gemacht werden, im Verhandlungstermin sofort auf die Unzuständigkeit des Gewerbeamts hinzuweisen und die Ueberweisung der Klage an das Hilfsarbeiter-Schiedsgericht zu verlangen.

So selbstverständlich solche Hinweise auch sind, so hebt sich doch die Art des Zusammenarbeitens der beiden Berliner Tarifkontrahenten von den an manchen anderen Orten üblichen Gepflogenheiten der Prinzipale in angenehmer Weise ab, ganz zu schweigen von dem scharfmacherischen tariffeindlichen Verhalten des Leipziger Buchdruckereibesitzer-Vereins.

Eine Zentrale der deutschen Arbeitgeberverbände für Streikversicherung ist in Berlin von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gegründet worden. Dieser neuen Organisation sind sofort Verbände bzw. Unabhängigkeitsgesellschaften beigetreten, deren Mitglieder eine Arbeiterzahl von 675 000 beschäftigen sollen mit einer angeblichen Gesamtlohnsumme von 704 Millionen Mark jährlich. Wenn die angegebenen Zahlen den Tatsachen entsprechen, würde jeder dieser 675 000 Arbeiter durchschnittlich 20 M. wöchentlich verdienen. Dabei haben es diese Unternehmer allerdings sehr notwendig, sich gegen Streiks zu sichern, ihnen dürfte es ihnen allerdings nicht sehr viel.

Eingegangene Druckdriften.

Das Organisationsrecht der Arbeitnehmer. Referat erstattet 1912 auf dem vierten Parteitag der Demokratischen Vereinigung zu Nürnberg von Rechtsanwalt Dr. Halpert. Preis 15 Pf. Demokratische Verlagsanstalt, Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 10.

Ueber diese neuerdings besonders aktuell gewordene Broschüre schreibt Dr. Steiniger in der „Deutschen Industriebeamteten-Zeitung“:

Der konzentrierte Vorstoß, der jetzt sowohl von politischer als von industrieller Seite gegen das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer unternommen wird, läßt eine kleine Schrift wieder besonders aktuell erscheinen, die der bekannte Berliner Rechtsanwalt Dr. Halpert 1912 veröffentlicht hat. Halpert streift zunächst kurz die soziologische Notwendigkeit der Koalition in der herrschenden Wirtschaftsordnung und erläutert dann die rechtliche Halbsheit unserer gegen jede Verlegung ungeschützten Koalitionsfreiheit. Er erörtert ausführlich und sehr anregend die Straufierung der Koalitionsfreiheit durch den § 153 der Gewerbeordnung und durch den Expressionsparagrafen des gemeinen Rechts. Den Schluß bildet eine scharf-kritische Würdigung der Versuche, durch eine zweckmäßige Neuformulierung des Koalitionsbegriffes die Fufgaben der Koalitionsfreiheit auch weiter zu vernehmen und jede Organisationspropaganda unter schwere Freiheitsstrafe zu stellen.

Tüchtiger Anleger (Saalarbeiter)

für dauernd sofort bei gutem Lohn verlangt Buchdruckerei vom Roten Kreuz, Pöhlentagen, Kreis Demolin



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Frauenarbeit und Zukunftshoffnung. — Was ist zu tun? — Feuilleton: Die Technik der modernen Zeitungsillustration. (I.) — Zum Bankverkehr der Gewerkschaften. — Der Tarifkampf im Buchdruckgewerbe Oesterreichs. — Eingegangene Druckschriften. — Anzeigen.

Beilage: Ortsarbeitskasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin. (Belanntmachungen.) — Rundschau.

Für die Woche vom 11. bis 17. Januar 1914 ist die Beitragsmarke in das mit 3 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands- vorstandes.

Der Tarifkampf der österreichischen Buchdruckerei-Arbeiter und Arbeiterinnen hat zu einem allgemeinen Ausfall in allen Druckorten Oesterreichs geführt. — Die Unternehmer machen die größten Anstrengungen, durch Inierate in der bürgerlichen Presse sowohl, als auch durch die Vermittlung von Streikbrecheragenten in Deutschland Personal anzuwerben.

Wir warnen vor der Annahme solcher Arbeitsangebote.

Sämtliche Druckereien Oesterreichs sind für Verbandsmitglieder gesperrt!

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Frauenarbeit und Zukunfts- hoffnung.

„Wir blicken so gern in die Zukunft, weil wir das Ungefähre, das sich in ihr hin und her bewegt, durch stille Wünsche so gern zu unseren Gunsten veranlassen möchten.“ Diese Worte Goethes sind der Arbeitererschaft so recht bewußt geworden, und das um so mehr, je mehr sie in den Mann der kapitalistischen Entwicklung gezwungen und von der Maschine abhängig wurde. Der Arbeiter ist immer mehr in seinen schöpferischen Fähigkeiten eingeengt und mit seiner Tätigkeit immer mehr auf ein rein mechanisches Schaffen beschränkt worden. Der Kapitalismus nützte diese Entwicklung mehr und mehr für sich aus, indem er in wachsendem Maße an die Stelle der Männerarbeit die Arbeit der Frauen treten ließ. Gefördert wurde dieses Beginnen durch die schlechte Entlohnung der Männerarbeit und durch das stete Sinken der Kaufkraft, so daß, da die Frauenarbeit noch ungleich schlechter entlohnt und viel mehr mechanisiert wurde als die Männerarbeit, die

Worte Goethes mehr noch auf die Arbeiterinnen zutreffen.

Aber bleibt den Arbeiterinnen nichts übrig, als stille Wünsche für die Zukunft zu hegen? Bleibt ihnen wirklich nur die Hoffnung auf eine ferne Zukunft, die ihnen vielleicht nie erschlossen werden kann? Und was für eine Zukunft ist das, der diese stillen Wünsche gelten? Der harte Daseinskampf und die Widrigkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung haben die Arbeitererschaft denken gelehrt, die Entgeisterung der Arbeit wird mehr und mehr wett gemacht durch den Solidaritätsgedanken, der Ordnung in das Fühlen und Wollen der Arbeiterschaft bringt. Was hätte es schließlich für einen Zweck, gedankenlos dahinzuleben, von einem Lohnstag zum andern zu vegetieren und die wichtigsten Bedürfnisse immer wieder einschränken zu müssen, wenn den Gewinn von all der rastlosen Arbeit und all den Entbehrungen und Kümernissen nur immer die Unternehmer und Kapitalisten ziehen, ohne daß sich den Unglücklichen ein Ausblick auf eine Besserung der sozialen Lage eröffnere? Mit der Hoffnung allein ist es nicht getan, es muß diese Hoffnung einen realen Hintergrund haben, wie es auch damit nicht getan ist, die Geknechteten und Beladenen auf eine bessere Zukunft zu vertrösten, ohne gleichzeitig zur Erleichterung und Hebung der gegenwärtigen unsozialen Verhältnisse wirksame Mittel herbeizuschaffen, ohne gleichzeitig den Weg zu weisen, der nun auch in eine bessere Zukunft führt.

Immer mehr erwacht in den Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen die Erkenntnis, daß alle Hilfsaktionen der bürgerlichen Gesellschaft, daß alle Mittel der privaten und öffentlichen Wohlfahrt sich zerschlagen an dem gleichmäßigen Gang der kapitalistischen Wirtschafts- und Produktionsweise. Es wird wohl hier und da eine Linderung erzeugt, aber die Gleichförmigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der die Konkurrenzfähigkeit und der Profit alles bedeutet, schreitet über all diese Hilfsmittel der bürgerlichen Wohlfahrt und Wohltätigkeit hinweg; sie duldet keine Sentimentalität und keine Humanitätsbujerei und stellt den alten Zustand des sozialen Elends sofort wieder her, ehe noch die Mittel der bürgerlichen Wohltätigkeit so recht zu wirken begannen. Es sei denn, die bürgerliche Wohlfahrts-pflege bildet sich zu einer dauernden Einkommensquelle der Geknechteten und Bedrückten aus! Das aber kann und will sie nicht, das will auch die Masse der Bedrückten nicht: Die Arbeiter und Arbeiterinnen fordern für ihre harte und angestrengte Arbeit einen auskömmlichen Lohn, der ihnen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht, der ihnen die aus ihrer Hände Arbeit hervorgegangenen Lebensgüter auch voll erschließt! Und diesen Willen setzen sie mehr und mehr in die Tat um. Sie wollen vollen Anteil haben am Ertrage ihrer Arbeit, sie wollen Anteil haben am Leben, sie wollen mehr Licht, Luft und Freude! Das aber kann ihnen die bürgerliche, die kapitalistische Gesellschaft nicht geben, das kann sie ihnen nicht geben um des Profits willen.

Aber weil die bürgerliche Gesellschaft den Arbeitern und Arbeiterinnen nicht den vollen An-

teil am Arbeitsertrage und am Leben gewähren kann und will, deshalb brauchen sie nicht darauf zu verzichten oder sich mit dem billigen Trost abzufinden, daß sich die Anschauungsweise der kapitalistischen Welt zu ihren Gunsten einmal ändern wird, oder daß die Unternehmer doch einmal zu einer höheren sozialen Einsicht gelangen. Sie brauchen deshalb nicht darauf zu verzichten, weil sie selbst in der Lage sind, sich ein besseres Dasein zu zimmern, weil sie in der Lage sind, sich durch den Zusammenschluß einen mehr und mehr wachsenden Anteil am Ertrage ihrer Arbeit zu erkämpfen. Wenn heute die Unternehmer ganzer Industrien erklären, daß die Konkurrenzfähigkeit unter dem weiteren Steigen der Löhne leidet, so daß die Unternehmungen unrentabel würden und sie jedes Interesse daran verlieren müßten, wenn die Unternehmer ganzer Industrien erklären, daß die Unternehmungen gegründet seien auf niedrigen Löhnen und auf gering entlohnter Frauenarbeit, so braucht deshalb die darbenbe Masse der sozial schlecht gestellten Arbeiter und Arbeiterinnen vor diesen kapitalistischen Argumenten nicht die Waffen zu strecken und den Rückzug anzutreten: Denn ihr Leben ist mehr wert, als dem Konkurrenzkampf der Unternehmer geopfert zu werden! Sie sind es sich selbst und ihren Kindern, sie sind es der ganzen Menschheit schuldig, auch für sich menschliche Zustände und Lebensbedingungen zu fordern, und nicht nur zu fordern, sondern auch zu erkämpfen. Und es ist ein sozial wertvoller Geist, der die Arbeiter und Arbeiterinnen besetzt und zu diesen Forderungen befähigt, der sie befähigt, für menschliche Daseinsbedingungen zu kämpfen; ihr Kampf ist ein heiliger Kampf und er ist durch den Organisationsgedanken zu einem aussichtsreichen gemacht worden, obwohl er gegen eine Welt von Feinden gekämpft werden muß.

Es ist vielfach seitens der Unternehmer über die „unberechtigten Forderungen der Arbeiterschaft“ geschimpft und gezerrt worden, es ist viel geleistet worden in Verleumdung und Beschimpfung der Arbeiterbewegung. Und doch wird von bürgerlicher Seite immer mehr die zunehmende Verteuerung des gesamten Lebensunterhalts zugegeben. Wohin wäre wohl die Arbeiterschaft gekommen, wenn sie nicht die Organisation gehabt hätte, wenn sie nicht durch die Organisation ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse hätte aufbessern können? Die zunehmende Verteuerung des Arbeiterlohns läßt aber den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht zur Ruhe kommen. Aber zugleich wird der Widerstand, den die Unternehmer dem Kampf der Arbeiterklasse entgegensetzen, immer härter und erfordert immer größere Opferfreudigkeit und Disziplin. Doch gern ist die Arbeiterschaft zu Opfern bereit und gern übt sie eiserne Disziplin, hat ihr doch der organisierte Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, um bessere Kleidung, Nahrung und Wohnung, um mehr Luft und Licht gezeigt, daß sie sich nicht auf leere Hoffnungen und stille Wünsche verlassen braucht. Die Erfüllung ihrer gegenwärtigen Forderungen liegt nicht mehr in einer allz ferneren Zukunft. Durch die Organisation, durch den Zusammenschluß sind

die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Lage, ihren Forderungen den erforderlichen Nachdruck zu verleihen, und je größer die Einigkeit, je enger der Zusammenschluß, je geschlossener die Reihen der organisierten Kämpfer, desto eher erfüllen sich die berechtigten Forderungen und Wünsche. Die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen wissen es heute: ja, es ist ihnen mehr geliebter als stille Wünsche für die Zukunft, als stille Hoffnung auf eine bessere Zukunft, es blieb ihnen die Selbsthilfe, der organisierte Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, um gerechte soziale Zustände.

Um es aber der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich zu machen, die schreienden Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dauernd aufrecht zu erhalten, aufrecht zu erhalten bei einem gleichzeitigen Aufstieg der Lohn- und Arbeitsbedingungen, muß die organisierte Arbeiterschaft ihr Augenmerk auch auf weitere soziale Aufgaben richten, als auf Hebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es gilt, nicht nur die gesetzgebenden Organe und Körperschaften an ihre sozialen Pflichten, an die Erfüllung des Arbeiterschutzes und der Arbeitslosenfürsorge, des Mutter- und Kinderschutzes und der Arbeiterversicherung im weitesten Sinne zu ermahnen, es gilt auch, für eine gerechte Verteilung der Lebensgüter durch Ausschaltung der Person des Unternehmers in Industrie und Handel einzutreten. Die Aktiengesellschaften, die Kartellierung und Vertrustung der Unternehmungen, die Verstaatlichung der Eisenbahnen und Bergwerke, weiter die Konsumvereinsbewegung und neuerdings die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung haben den Beweis erbracht, daß es nicht einer besonderen Persönlichkeit des Unternehmers bedarf, daß es deshalb auch nicht des riesigen Unternehmerprofits bedarf. Durch die Förderung der wahrhaft gesellschaftlichen Produktion sollen alle den Gewinn ihrer Arbeit genießen.

Was ist zu tun?

Nachdem verschiedentlich auf die Notwendigkeit, Änderungen in unserem Statut vorzunehmen, hingewiesen worden ist, will ich nunmehr versuchen, einige positive Vorschläge zu bringen. Aber, wie gesagt, nur Vorschläge sollen es sein, um auch andere Mitglieder zu bewegen, mit ihrer Meinung in dieser so hochwichtigen Frage heranzutreten, damit durch rege Diskussion der Weg, welcher auf dem Verbandstage gegangen werden muß, geebnet ist.

Betrachten wir die von jedem Mitgliede durch Beiträge eingezahlte Summe als Fundament, nach welchem die Unterstützungen berechnet

Die Technik der modernen Zeitungsillustration.

I.

In den letzten Jahrzehnten hat die Tagespresse eine geradezu riesenhafte Ausdehnung erfahren. Ihre Verbreitung ist ständig in einer Weise gestiegen, daß Blätter mit Tagesauflagen von 100 000 und mehr Exemplaren schon in einer ganzen Reihe deutscher Großstädte zu finden sind. Mit dieser Ausdehnung und Verbreitung der Tagespresse ging ihr ständiger innerer Ausbau parallel. Die Zeitungen wurden inhaltlich vielfältiger, womit freilich nicht immer eine Steigerung der Güte ihres Inhalts verbunden war. Gleichzeitig wurden sie aber auch technisch ausgestaltet, und zwar hauptsächlich durch die Aufnahme von Bildern. Zweifelloß kamen sie gerade dadurch einem Bedürfnis weiter Kreise entgegen, die das geschriebene Wort im trockenen Bericht, im belehrenden Artikel und in manchen anderen Textbeiträgen ergänzt, erläutert, belebt und anschaulich gestaltet sehen wollten. Und die einzige Möglichkeit, diesen Wünschen vieler Zeitungsleser gerecht zu werden, bot eben die Ausgestaltung der Zeitungen durch das Bild.

Nun schien allerdings noch vor wenig mehr als einem Jahrzehnt der Rotationsdruck, der bei allen mittleren und größeren Blättern angewendet wird und der die Stereotypie des Satzes als Druckträger voraussetzt, der Aufnahme guter

Illustrationen in die Tagespresse schwerwiegende Hindernisse zu bereiten. Auch das rauhe, minderwertige Holzpapier, das für den Druck von Tageszeitungen ausschließlich verwendet wird, schien zur Aufnahme guter und klarer Bilder absolut nicht geeignet zu sein. Aber die ständige Entwicklung der Reproduktionstechnik hat auch diese fast unüberwindlich erscheinenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen vermocht. Dabei wurde sie unterstützt durch die mit ihr parallel laufende Entwicklung der Maschinenbautechnik. Letztere stellte den Buchdruckrotationsmaschinen durchaus leistungsfähige Rotationspressen für Kupferdruck und Stein- bzw. Zinkdruck zur Seite, die entweder für sich oder in Verbindung mit Buchdruckrotationsmaschinen zum Druck hoher Zeitungsauflagen in verhältnismäßig kurzer Zeit verwendet werden können. Und die Entwicklung der Reproduktionstechnik zeitigte auch für den Tiefdruck und für den chemischen Flachdruck Druckträger, die sehr hohe Auflagen aushalten und in ihrer Widerstandskraft hinter den Druckträgern für den Hochdruck kaum noch zurückstehen. Dank dieser Entwicklung der vervielfältigungsverfahren und des Maschinenbaues ist es heute möglich geworden, sowohl den Hochdruck (Buchdruck) als auch den Tiefdruck (Kupferdruck) und den chemischen Flachdruck (Steindruck) der Ausstattung der Tagespresse mit guten Illustrationen nutzbar zu machen. Heute bietet weder der Rotationsdruck noch die Qualität des Papiers irgendwelche Hindernisse

bei dem größten Teil der Mitglieder: Was müssen wir an Beiträgen leisten und was erhalten wir dafür für Unterstützungen? Mein Vorschlag würde folgendermaßen aussehen:

In der Klasseneinteilung würde eine Änderung eintreten, so daß die fünfte Klasse von über 20 Mk. bis 25 Mk., und die neu zu schaffende sechste Klasse von über 25 Mk. einzurichten wäre. Die Beiträge für die sechste Klasse müßten dann 70 Pf. betragen. Die Arbeitslosenunterstützung wird nach wie vor für 60 Tage gezahlt. Die Berechnung der Arbeitslosenunterstützung wäre folgende:

	Gezahlte Beiträge		Tage	Höchstsumme
	Mk.	Pfg.		
1. Klasse:	52 Beiträge à 20 Pfg. = 10,40 Mk.	—	60	36,— Mk.
	104 " " 20 " = 20,80 "	—	70	42,— "
2. Klasse:	52 " " 30 " = 15,60 "	—	70	42,— "
	104 " " 30 " = 31,20 "	—	80	48,— "
	156 " " 30 " = 46,80 "	—	90	54,— "
3. Klasse:	52 " " 40 " = 20,80 "	—	80	48,— "
	104 " " 40 " = 41,60 "	—	90	54,— "
	156 " " 40 " = 62,40 "	1	05	68,— "
	260 " " 40 " = 104,— "	1	20	72,— "
4. Klasse:	52 " " 50 " = 26,— "	—	90	54,— "
	104 " " 50 " = 52,— "	1	05	68,— "
	156 " " 50 " = 78,— "	1	40	84,— "
	260 " " 50 " = 130,— "	1	60	96,— "
5. Klasse:	52 " " 60 " = 31,20 "	1	—	60,— "
	104 " " 60 " = 62,40 "	1	40	84,— "
	156 " " 60 " = 93,60 "	1	70	102,— "
	260 " " 60 " = 156,— "	2	—	120,— "
6. Klasse:	52 " " 70 " = 36,40 "	1	20	72,— "
	104 " " 70 " = 72,80 "	1	50	90,— "
	156 " " 70 " = 109,20 "	2	—	120,— "
	260 " " 70 " = 182,— "	2	50	150,— "

Krankenunterstützung:

1. bis 4. Klasse bleibt bestehen.

5. Klasse:	52 Beiträge à 60 Pfg. = 31,20 Mk.	—	55	30	16,50 Mk.
	104 " " 60 " = 62,40 "	—	60	30	18,— "
	156 " " 60 " = 93,60 "	—	70	30	21,— "
	208 " " 60 " = 124,80 "	—	80	30	24,— "
6. Klasse:	52 " " 70 " = 36,40 "	—	60	30	18,— "
	104 " " 70 " = 72,80 "	—	70	30	21,— "
	156 " " 70 " = 109,20 "	—	80	30	24,— "
	208 " " 70 " = 145,60 "	1	—	30	80,— "

Wöchnerinnen erhalten eine einmalige Unterstützung von 10 Mk.; die innerhalb der letzten 52 Beitragswochen geleistete Krankenunterstützung wird in Anrechnung gebracht.

Betrachten wir nun die Vorteile, welche durch diesen Vorschlag für die Verbandsklasse herauskommen. Zu diesem Zweck diene nachstehendes

Beispiel, allerdings nur den Berliner Verhältnissen entsprechend:

Im Jahre 1912 wurden in Berlin 147 785 Beiträge der fünften Klasse vereinnahmt. Von diesen sind rund 140 000 von Mitgliedern geleistet, welche nach meinem Vorschlage der sechsten Klasse angehören müßten. Dies würde eine Mehreinnahme

von 140 000 Mk. bedeuten. Diese Mehreinnahme würde für die Unterstützung der Arbeitslosen und für die Krankenunterstützung zur Verfügung stehen. Die Verbandskasse würde durch diesen Vorschlag um 140 000 Mk. reicher sein. Die Verbandskasse würde durch diesen Vorschlag um 140 000 Mk. reicher sein. Die Verbandskasse würde durch diesen Vorschlag um 140 000 Mk. reicher sein.

mehr. Da bei meisten unserer Leser die verschiedenen Druckverfahren schon aus eigener Anschauung bekannt sind, sei im Rahmen unserer Arbeit das Wesen des Hoch-, Tief- und Flachdrucks nur soweit gekennzeichnet, als es zur näheren Erklärung der die Technik der Zeitungsillustration an sich betreffenden Ausführungen unerlässlich ist.

Der Hochdruck erfordert Druckträger, auf denen die Linien und Punkte der Zeichnung oder die Schriftbilder, also alle Stellen, die drucken sollen, höher liegen als die nichtdruckenden. Alle diese erhabenen Stellen müssen sich in gleicher Ebene befinden, damit sie beim Einfärben gleichmäßig von den Farbwalzen getroffen und mit Farbe versehen werden. Nach dem Einfärben wird in der Druckpresse das Papier auf die Druckform gedrückt, wodurch alle erhabenen und eingefärbten Stellen des Druckträgers auf das Papier übertragen werden. Auf diesem Verfahren beruht der eigentliche Buchdruck.

Der Tiefdruck erfordert dagegen Druckträger, die alle Stellen, die drucken sollen, vertieft enthalten. Die Zeichnung oder Schrift ist in eine glatte Metallplatte graviert oder tiefgeätzt. Beim Einfärben werden diese Vertiefungen mit Farbe gefüllt, die von der glatten Oberfläche der Platte sorgfältig abgetrieben werden muß. Beim Druck hebt nun das auf den Druckträger gepresste Papier die Farbe aus den Vertiefungen der Platte heraus, so daß also das Bild als feines Farbrelief auf das Papier über-